

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: EG-Regionalfonds - Bundesbahntarife - Entwicklungspolitik - Europäisch-arabischer Dialog - Vereinigte Staaten

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: EG-Regionalfonds - Bundesbahntarife - Entwicklungspolitik - Europäisch-arabischer Dialog - Vereinigte Staaten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 1, pp. 7-8

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134768>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## EG-Regionalfonds

### Kaum neue Integrationsimpulse

---

Bescheidenheit regiert in Brüssel. Nicht anders ist die Zufriedenheit zu deuten, mit der die Regierungschefs der EG die Ergebnisse ihres Pariser Gipfeltreffens präsentierten. Hier findet sich nämlich kaum ein Beschluß, der geeignet erscheint, die Integration in Europa entscheidend voranzutreiben. Das gilt auch für den jetzt endgültig beschlossenen Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

Dieser Fonds wird zwar von vielen als Fortschritt angesehen, denn endlich kann mit der gemeinsamen Beseitigung der regionalen Disparitäten in Europa begonnen werden. Damit, so meinen sie, verbessern sich die Voraussetzungen für eine Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitiken, ohne die wiederum die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion kaum möglich erscheint. Sollen sich diese Hoffnungen jedoch nicht als trügerisch erweisen, dann wird es notwendig sein, daß die Gemeinschaft für die Vergabe der Mittel Prioritäten aufstellt, die sich eindeutig nach der Bedürftigkeit und Entwicklungsfähigkeit der Regionen richten. Außerdem muß die Verwendung der Mittel einer ebenso eindeutigen Effizienzkontrolle unterworfen werden.

Aber selbst unter diesen Bedingungen ist es zweifelhaft, ob der Regionalfonds und die gemeinsame Regionalpolitik zum Wegbereiter für die Wirtschafts- und Währungsunion werden können. Entscheidend dafür ist vielmehr der unbedingte Wille zur politischen Einheit. Ist er gegeben, dann wäre sogar eine einheitliche Wirtschaftspolitik bei großen regionalen Disparitäten möglich. Die Nationalstaaten bieten dafür Beispiele genug. Solange diese jedoch nicht bereit sind, in wesentlichen Bereichen auf ihre Souveränität zu verzichten, wird der Regionalfonds auch nicht die Integrationsimpulse vermitteln können, die vielfach von ihm erwartet werden. kb

---

## Bundesbahntarife

### Tropfen auf den heißen Stein

---

Am 16. Februar wird die Bundesbahn ihre Personenverkehrstarife um durchschnittlich 8,9% erhöhen. Die Heraufsetzungen betreffen insbesondere den Nahverkehr und hier wieder am stärksten die Streckenzeitkarten der Berufstätigen und die Schülerzeitkarten, die sich um 10,5% bzw. 19,7% verteuern. Angesichts der großen Defizite bei der Bundesbahn ist dies eine verständliche Maß-

nahme, auch wenn sie nicht gerade für den Bürger angenehm ist. Der sieht sich ohnehin in fast allen Bereichen der Lebenshaltung mit steigenden Kosten konfrontiert.

Doch warum sollten ausgerechnet die Nahverkehrstarife eine Ausnahme bilden? Die Autofahrer bekamen die steigenden Kosten bereits vorher deutlich zu spüren. Außerdem wurden die Tarife bei weitem nicht den Transportkosten gerecht, so daß der Steuerzahler die Bundesbahn-defizite finanzieren mußte. Diese ungezielten Subventionierungsmittel lassen sich in der jetzigen Situation sicherlich sinnvoller verwenden. Die auf 180 Mill. DM geschätzten Mehreinnahmen sind zwar gegenüber der Höhe des Bundesbahn-defizits nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Sie werden jedoch – vor allem im Personalbereich und im Stückgutverkehr der Bundesbahn – von Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen begleitet, die zu einer weiteren Verminderung des Defizits beitragen werden.

Unannehmlichkeiten dürften die angekündigten Bahnpreiserhöhungen – und ebenso die geplante Heraufsetzung der Kohlepreise – jedoch dem Staat in den bevorstehenden Tarifrunden bringen. Angesichts der allgegenwärtigen Forderung nach Disziplin an der Lohn- und Preisfront und der Hoffnung auf eine Tendenzwende der allgemeinen Preisentwicklung ist die Ankündigung derartiger Preiserhöhungen fehl am Platze. Diese Pläne erleichtern es – gemeinsam mit den vorgesehenen Einsparungen im Personalbereich des öffentlichen Dienstes – den Arbeitnehmervertretern, ihre Position zu vertreten, daß die Sicherung der Arbeitsplätze Vorrang vor dem Stabilitätsziel habe, und auf ihren Lohnforderungen zu beharren. cr

---

## Entwicklungspolitik

### Grundsätzliche Zustimmung

---

Auch wenn Egon Bahr angekündigt hatte, die Politik seines Amtsvorgängers Erhard Eppler fortzusetzen, war doch von Anfang an klar, daß der neue Minister Instrumente und Schwerpunkte der Entwicklungshilfe den geänderten Bedingungen in der Weltwirtschaft anpassen mußte und würde. Nach einer mehrmonatigen Einarbeitungszeit hat Egon Bahr jetzt die Entwicklungspolitik in mehreren Interviews und bei seiner Reise in den Sudan näher gekennzeichnet.

In Zukunft soll – den Äußerungen Egon Bahrs zufolge – technische Hilfe gegen Entgelt an Staaten abgegeben werden, wenn diese sie bezahlen können. An ärmere Entwicklungsländer wird die technische Hilfe weiterhin unentgeltlich geleistet. Für

diese Staaten sollen in Dreiecksoperationen die finanziellen Ressourcen ölproduzierender Länder mit technischer Hilfe aus der Bundesrepublik verbunden werden. Dadurch können die durch die Ölkrise bedingten Probleme der armen Länder gemildert und Mittel der ölproduzierenden Länder für die besonders unterentwickelten Gebiete mobilisiert werden.

Der Minister betonte angesichts der weltweiten Rohstoffkrise und der rückläufigen Entwicklung in der Bundesrepublik, daß die BRD mit der Entwicklungshilfe nationale Eigeninteressen verbinde, ohne jedoch den Grundsatz der Partnerschaft mit den Entwicklungsländern aufzugeben. Deshalb sollen in Zukunft beispielsweise die Rohstoff- und Entwicklungspolitik mit dem Ziel der partnerschaftlichen Ausbeutung der Rohstoffe enger miteinander verbunden werden. Schließlich soll der Beitrag der deutschen Privatwirtschaft zur Entwicklungshilfe mit dem Entwicklungsländer-Steuergesetz und einer Aufstockung des Kapitals der Entwicklungsgesellschaft (DEG) verstärkt werden. Diese Vorstellungen finden bei vielen Fachleuten Anklang und selbst bei der Opposition im Bundestag keine Ablehnung. mk

---

### Europäisch-arabischer Dialog

#### Bonner Drahtseilakt

---

Differenzen zwischen den EG-Mitgliedstaaten blockieren wieder einmal die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft: Die Bundesregierung lehnt zusammen mit anderen Partnerländern die Palästinenser als Gesprächspartner im geplanten europäisch-arabischen Dialog ab. Dagegen befürwortet insbesondere Paris den Wunsch der arabischen Staaten nach Teilnahme der PLO. Mit dem Beginn des Dialogs dürfte deshalb vorerst nicht zu rechnen sein; und das angesichts einer Situation, die klärende Schritte in der Erdölpolitik unbedingt erforderlich macht.

Bonns Weigerung ist Ausdruck des deutschen Balance-Aktes zwischen den Israelis sowie den hinter ihnen stehenden USA und den Arabern, bei dem aber – so scheint es zur Zeit – günstigstenfalls ein sehr labiles Gleichgewicht erreichbar ist. Auf der einen Seite möchte Bonn seinen auch in näherer Zukunft nicht zu substituierenden Mineralölbedarf aus dem Nahen Osten absichern. Auf der anderen Seite möchte es sich die Bundesregierung jedoch auch nicht mit Israel verderben – nicht zuletzt wegen der damit verbundenen Belastung des amerikanisch-deutschen Verhältnisses.

Bisher konnte die Bundesregierung eine klare Parteinahme für die eine Seite – und damit eine Konfrontation mit der anderen – noch vermeiden.

Der Drahtseilakt wird jedoch angesichts der sich zuspitzenden Auseinandersetzung immer schwieriger: Wie Kissingers kaum mehr verhüllte Drohungen zeigen, gehen die USA immer offener auf Kollisionskurs. Die Palästinenser hingegen sind im arabischen Lager zu einem starken Faktor geworden, der insbesondere seit den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat und Arafats UNO-Rede nicht mehr zu umgehen ist. Vor dieser Realität kann auf Dauer auch die Bonner Außenpolitik nicht die Augen verschließen, will sie im Hinblick auf die Versorgung mit Nahost-Öl zu befriedigenden Beschlüssen gelangen. erh

---

### Vereinigte Staaten

#### Handelsgesetz verabschiedet

---

Das Tauziehen um das neue amerikanische Handelsgesetz ist beendet. Am 16. Dezember des abgelaufenen Jahres nahm der bereits mehrfach abgeänderte Entwurf mit der Verabschiedung durch den Senat seine endgültig letzte Hürde und konnte nunmehr, nach Unterzeichnung durch Präsident Ford, als „Trade Act of 1974“ offiziell in Kraft treten. Wichtigster Bestandteil des Gesetzes ist die Erteilung weitreichender Vollmachten an den amerikanischen Präsidenten zu Verhandlungen über den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Die erste Fassung des „Trade Act“ war dem Kongreß bereits am 10. April 1973 zugeleitet worden. Sie sollte damals die Grundlage für die siebente Welthandelsliberalisierungsrunde bilden, die am 12. September des gleichen Jahres offiziell in Tokio eingeleitet wurde. Nachdem das Handelsgesetz nun den komplizierten Instanzenweg durch die beiden Häuser des amerikanischen Kongresses hinter sich gebracht hat, hofft man in Genf, nach eineinhalbjähriger Verspätung im Februar endlich mit den konkreten Verhandlungen beginnen zu können.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß es den Mitgliedstaaten der EG bis dahin gelingt, sich ihrerseits auf eine endgültige Marschroute für die Verhandlungen zu einigen. Die Gemeinschaft hatte ihr „Gemeinsames Gesamtkonzept für die multilateralen Liberalisierungsverhandlungen“ zwar rechtzeitig zur Eröffnung der Runde vorgelegt, die Erteilung eines verbindlichen Verhandlungsmandats an die Kommission jedoch von der Verabschiedung des amerikanischen Handelsgesetzes abhängig gemacht. Ihr ursprüngliches Konzept dürfte jedoch aufgrund der inzwischen geänderten welthandelspolitischen Konstellation kaum noch aktuell sein. fjj